

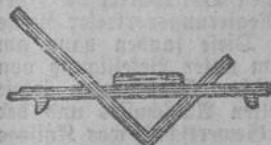
Rottenführer-Zeitung

Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner.

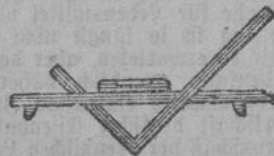
Offizielles und fachwissenschaftl. Organ
des Verbandes Deutscher Eisenbahn-



für die Vertretung der Standesinteressen
Rotten- und Hilfsrottenführer E. B.



Die Zeitung erscheint am 1. u. 15. eines jeden Monats und kostet beim Verlage bestellt 1.— Mark, bei der Post bestellt 1.50 Mark pro Vierteljahr, im voraus zahlbar. — Inserate pro 4gespaltene Petitzeile 25 Pfg. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten und der Verlag an. Abonnenten, welche nicht 10 Tage vor Schluss des Vierteljahres ausdrücklich abbestellen, erhalten das Blatt für ihre Rechnung weiter geliefert.



Jedes Mitglied, welches der oben genannten Beamtenklasse als Beamter oder Hilfsbeamter angehört, ist unter den bekannt gegebenen Bedingungen mit 200 (zweihundert) Mark gegen tödlichen Unfall in oder ausser Dienst versichert.

Nr. 17

Dahlhausen-K., 1. September 1919

8. Jahrgang

Inhalt: Gewerkschaftsarbeit und Schaum-
schlägerei. — Zur Frage der Tarifverträge in den Staatsbetrieben. — Beamtenfragen und
Nationalversammlung. — Vereinsnachrichten. — Aus dem Verbands. — Versammlungskalender. — Inserate.

Die im Verband untätig sind,
Ihn finanziell nicht schonen,
Stets nörgelnd, wie ein Rohr im Wind
So schwankend nie zufrieden sind:
Das sind die Drohnen.

Doch die da wirken Tag für Tag
Mit unverdrossen Mienen,
Die alles opfern, ohne Klage,
Was kommen, was da kommen mag:
Das sind die Arbeitsbienen.

Gewerkschaftsarbeit und Schaum- schlägerei.

Von F. Kreub, M. d. R.

Mit der Revolution sind die nicht gewerkschaftlich organisierten Eisenbahner plötzlich auf den Gedanken gekommen, daß ihre bisherige Berufsinteressenvertretung keine „richtig-gehende“ war. Das ist insofern ein Zugeständnis an unsere Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, die schon vor dem Kriege als Reichsverband der Staatsangestelltenverbände auf gewerkschaftlicher Grundlage aufgebaut war, als damit bewiesen ist, daß wir schon immer auf dem richtigen Wege waren. Seitdem nun auch anderen Eisenbahnerorganisationen, allerdings recht spät, nach der Revolution diese Erleuchtung gekommen ist, streiten sie unter sich und mit anderen darum, was sie noch alles tun müssen, um „richtiggehende“ Gewerkschaften zu werden. Der Eisenbahnbeamtenbund, neuerdings „Gewerkschaftsbund deutscher Eisenbahnbeamten“ betitelt, verwendet Unmengen an Zeit und Papier zu Feststellungen, inwieweit er sich bereits zu einer „Gewerkschaft“ durchgerungen hat. Für den Außenstehenden erweckt das den Eindruck, als wenn er in dieser Tätigkeit seinen Hauptzweck erblickt. Von unserer Seite sind demgegenüber die Merkmale einer „richtig-gehenden“ Gewerkschaft klar und überzeugend herausgestellt, und dabei ist konstatiert worden, daß der Eisenbahnbeamtenbund zwar keine „richtiggehende“, aber eine sogenannte gelbe Gewerkschaft ist. Der Bund streitet das ab. Ich will seine Argumentationen nicht näher beleuchten; aber soviel steht fest: eine Organisation, deren Führer vom Arbeitgeber bezahlt werden, ist eine gelbe Gewerkschaft. Und wenn es wahr ist, was als offenes Geheimnis umgeht, daß einige Bundesführer als Staatsbeamte gänzlich von ihrem Dienste dispensiert sind, dennoch ihr Gehalt weiter beziehen, also im Bundesinteresse das Staatseinkommen verfunktionieren, dann ist es freilich für jeden Gewerkschaftler ausgemachte Sache, daß der Bund einen gelben Anstrich hat, denn in diesem Falle werden die Führer der Gewerkschaft teilweise vom Arbeitgeber ihrer Gewerkschaftsmittel unterhalten. Das

heißt im gewöhnlichen Gewerkschaftsdeutsch, sie können die Interessen ihrer Mitglieder nicht unbefangenen vertreten. Sollte ich in dieser Angelegenheit nicht richtig orientiert sein, so wäre damit noch nicht das Gegenteil unserer Auffassung vom dem Charakter des Bundes bewiesen, kommen doch noch eine Reihe anderer Momente hinzu, auf die ich nicht eingehen will.

Für die Beurteilung des Charakters einer Gewerkschaft kommt es nicht so sehr auf Neuherlichkeiten und Formen an, als vielmehr auf ihre Arbeitsmethode. Da gilt das Bibelwort: „An ihren Früchten werdet ihr sie erkennen.“ Die richtiggehende Gewerkschaft leistet Gewerkschaftsarbeit. Wenn sie einen Erfolg errungen hat, ist sie schon längst wieder bei der Arbeit, um weitere Erfolge vorzubereiten. Anders die gelbe Gewerkschaft. Ihre Hauptarbeit besteht in Schaum-
schlägerei. Jeden Erfolg anderer Organisationen stellt sie ihren Mitgliedern als Erfolg ihrer Arbeiten hin. Darin besteht der wesentliche Unterschied: Arbeiten der Gewerkschaften — Schaum-
schlägerei der Gelben! Nichts anderes als Schaum-
schlägerei ist es beispielsweise auch, womit er seine gelbe Beschaffenheit so recht kennzeichnet, wenn der Eisenbahnbeamtenbund in seinem Rundschreiben vom 16. August d. J. über die den Beamten bewilligte Entschuldigungsbeihilfe schreibt:

„Dieser sehr erfreuliche Erfolg ist lediglich dem tatkräftigen Eintreten des Vorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes (Vange), der das Hauptgewicht auf die geschlossene Haltung des Gewerkschaftsbundes deutscher Eisenbahnbeamten legen konnte, zu danken.“

Also ein Erfolg der Einigkeit im Gewerkschaftsbunde, aus der jeder Eisenbahnbeamte lernen sollte!

Weder die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner noch der Deutsche Eisenbahner-Verband hatten für die Beamtenchaft im gleichen Maße wirken können, weil sie lediglich Arbeiterinteressen zu vertreten haben. Sie haben sich denn auch bei dieser Aktion vorsichtig zurückgehalten.

Dieser Vorgang ist, wie mancher vorher, wieder besonders geeignet, den Beamten die Notwendigkeit einer geschlossenen Organisation im Gewerkschaftsbunde deutscher Eisenbahnbeamten vor Augen zu führen.“

Es ist nicht unsere Manier, jeden geringfügigen Erfolg unserer Gewerkschaftsarbeit zu Agitationszwecken breit zu schlagen — die in Aussicht stehende Entschuldigungsbeihilfe kann übrigens unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht gerade als Riesenerfolg angesprochen werden, wenn auch keiner von denen, die an den Verhandlungen teilgenommen haben, daran gedacht hätte, daß derartige Summen herausgebrummen wären — aber nach einer derartig plumpen, dreisten Darstellung ist es denn doch erforderlich, auch einmal die andere Seite der Medaille zu betrachten.

Vorweg muß gesagt werden, daß der Eisenbahnbeamtenbund sozusagen bei den ganzen Verhandlungen unbeteiligt war. Soweit er sich beteiligte, wurden die Verhandlungen durch die Vertreter des Deutschen Beamtenbundes geführt. Hierbei ist allerdings auch der frühere Vorsitzende des Eisen-

bahnbeamtenbundes, E. D. S. Lange, der ja nun Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes ist, in Aktion getreten. Aber die Figur, die er dabei gespielt hat, war jedenfalls keine sehr glückliche.

Konsequent und intensiv wie immer arbeitete die Zeitung der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner. Sie war auch schon auf dem Plane, als der Bund noch garnicht an ein Vorgehen dachte, jedenfalls seine Vorbereitungsarbeiten noch nicht gesichtet hatte. In altbewährter wirtschaftspolitischer Überlegenheit stand unsere Gewerkschaft auf dem Standpunkte, daß die Lohn- und Gehaltserhöhungen solange ihren Zweck verfehlen, als mit jeder Erhöhung gleich Hunderte von Wirtschaftsanwälten sich öffnen, die diese Summen wieder auffangen. Deshalb stellte sie neben der Forderung nach einer einmaligen Entschuldungsbeihilfe die auf radikale Senkung der Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel. Diese letztere Forderung ist ja längst nicht in dem Maße erfüllt worden, wie wir es erwarteten, aber das, was durch sie erreicht wurde, ist jedenfalls unendlich höher anzuschlagen, als die gewiß anerkanntenswerte einmalige Zulage. Diese Forderungen der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner standen bereits im Haushaltsausschuß der preussischen Landesversammlung am 26. Juni zur Beratung. Neben den Forderungen der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner (auf Gewährung einer Entschuldungsbeihilfe und Senkung der Preise) standen auch noch die Forderungen des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes (einmalige Entschuldungssumme), der Deutschen Staatshandwerker- und -arbeitergemeinschaft und des Deutschen Eisenbahnerverbandes (einmalige Zulage und Lohnerhöhung) zur Beratung. Die sämtlichen hier genannten Verbände waren einmal wieder früher aufgestanden als der Eisenbahnbeamtenbund.

Schon früher verhandelten die Leiter der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner über ihre Forderungen gemeinschaftlich mit anderen Organisationsleitern mit den Reichs- und preussischen Staatsministern.

Nachdem die Verhandlungen zwischen den drei gewerkschaftlichen Eisenbahnerorganisationen Ende Juni im Gange waren, erschien am Schlusse der ersten Tagung, nämlich nachts 12 Uhr, so berichtet die „Gewerkschaft“ Nr. 14, „der Berliner Bezirksvorsitzende des Eisenbahnbeamtenbundes, Herr Triebel, mit 9 aufgeregten Beamten und verlangte sofortige Zulage einer Zulage von 1200 Mark, widrigenfalls am andern Morgen die Beamten in den Streit treten würden. Nebenbei bemerkt, erhob einer seiner Kollegen eine ganz andere Forderung. Auf die Frage, wen er vertrete, erklärte Herr Triebel, er stände hier als Vertreter des Eisenbahnbeamtenbundes und handele im vollen Einvernehmen mit dem 1. Bundesvorsitzenden Lange. Die Herren mußten sich belehren lassen, daß es höchst ungewerkschaftlich sei, plötzlich mit Forderungen zu kommen, die man vorher nicht einmal schriftlich eingereicht habe und daß es ferner höchst ungewerkschaftlich und höchst merkwürdig wäre, binnen einer halben Stunde Erfüllung schwerwiegender Forderungen zu verlangen und aus dem Handgelenk Streit anzudrohen. Der Mehrheitssozialist Abgeordneter Schubert (Bezirksleiter des D. E. B. Köln) nannte diese Methode, von der Tribüne des Abgeordnetenhauses herab „Erpressung“. Jedenfalls haben die Herren ihre „gewerkschaftliche Verhandlungsfähigkeit“ bei dieser Gelegenheit nicht gerade glänzend nachgewiesen.

Bekanntlich war zunächst nur zu erreichen, daß die Regierungen den Forderungen auf Senkung der Preise folgten. Dagegen verhielt sich die preussische Regierung direkt ablehnend hinsichtlich der Forderung auf Gewährung einer Entschuldungsbeihilfe. Die Reichsregierung aber machte ihre Bereitwilligkeit von der Haltung der preussischen Regierung abhängig.

Angeichts dieser Lage und in Anerkennung der Notlage der Beamten (natürlich auch noch aus anderen wichtigen Gründen) wurde von der deutschen Nationalversammlung der interfraktionelle Ausschuß für Beamtenfragen gebildet, der sich gleich in seinen ersten Sitzungen mit der Frage der Entschuldungsbeihilfen eingehend beschäftigte. Von der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner gehören diesem Ausschuß 2 Mitglieder an, außerdem ein Mitglied der christlich-nationalen Gewerkschaften (Schürmer) sowie einige Vertreter des Deutschen Beamtenbundes. Der Eisenbahnbeamtenbund ist in diesem Ausschuß überhaupt nicht vertreten. Wenn aber von einem Verdienste um das Zustandekommen der Entschuldungsbeihilfe geredet werden kann, dann gebührt von diesem Verdienste der größte Anteil dem interfraktionellen Ausschuß und vor allem seinem rührigen, in allen Beamtenfragen mit außerordentlichem Geschick operierenden Vorsitzenden, dem Abgeordneten Raden. Wenn dem Eisenbahnbeamtenbunde sollte irgend welches Verdienst an dem Erfolge zugesprochen werden können, dann ist es jedenfalls das allergeringste. Das vorerst zur Steuer der Wahrheit!

Der interfraktionelle Ausschuß erkannte gleich in seiner ersten Sitzung einstimmig die Notwendigkeit der Gewährung einer einmaligen Zulage an und beauftragte seinen Vorsitzenden (Raden), mit der Reichsregierung zu verhandeln. In der folgenden Sitzung konnte Herr Raden mitteilen, daß Reichsminister Erzberger ebenfalls die Notwendigkeit anerkenne, aber noch mit der preussischen Regierung verhandeln müsse, die sich noch immer ablehnend verhielt. In einer späteren Sitzung erschien dann auf Einladung als Vertreter des Reichsfinanzministers Herr Ministerialdirektor Wäber, der aber noch keinerlei verbindliche Erklärung abgeben konnte. In dieser Sitzung kam es zu recht temperamentvollen Auseinandersetzungen. Die Ausschußmitglieder erkannten einstimmig die Forderung auf Gewährung einer Entschuldungsbeihilfe als berechtigt und notwendig an. Insbesondere energisch vertrat Dr. Mittelmann von der deutschen Volkspartei die Forderungen der Beamenschaft. Der Regierungsvertreter stellte weitere Verhandlungen in Aussicht. Diese fanden dann am 12. August im Reichsfinanzministerium unter Beteiligung von Vertretern der Finanzminister sämtlicher Gliedstaaten sowie einiger Mitglieder des interfraktionellen Ausschusses und der Beamtenvertreter statt. Von unserer Gewerkschaft war Kollege Unterassistent Meyer-Hamburg und Schreiber dieses zugegen. Vom deutschen Beamtenbund waren vielleicht 6—3 Herren anwesend. Der Eisenbahnbeamtenbund als solcher war überhaupt nicht vertreten. Die Vertreter der einzelnen Regierungen verhielten sich zunächst teils ablehnend, teils erklärten sie, in ihrer Fürsorge für die Beamten schon erheblich weiter gegangen zu sein als Preußen, teils gaben sie zu erkennen, daß ihre Regierungen mit den Beschlüssen des Reiches und Preußens konform gehen würden. Der Vertreter des Reichsfinanzministeriums, Herr Ministerialdirektor Wäber, stellte als Ergebnis der Verhandlungen, die er mit den Vertretern des deutschen Beamtenbundes (nicht zu verwechseln mit dem Eisenbahnbeamtenbunde) und mit dem interfraktionellen Ausschuß der Nationalversammlung geführt habe, fest, daß man allseitig zu der Erkenntnis gekommen sei, daß in eine gewissenhafte Prüfung eingetreten werden müsse, 1. ob es möglich sein werde, im September eine einmalige Zulage zu gewähren, 2. statt der Dreiteilung der Teuerungsklassen eine Zweiteilung vorzunehmen, 3. in welcher Form an eine Revision der Besoldungsreform herangetreten werden solle. Das Reich sei bereit, seinen Beamten eine Zulage zu geben, es sei aber gezwungen, auf die Einzelstaaten Rücksicht zu nehmen und könne nur gemeinsam mit ihnen vorgehen. Bezüglich der Reduzierung der Teuerungsklassen sei man zu einem Kompromiß bereit, das darauf hinausgehe, die Kinderzulagen einheitlich zu gestalten, im übrigen könne die Aufgabe der Dreiteilung nicht als gerechtfertigt anerkannt werden. Entwürfe für eine Besoldungsreform würden im Reichsfinanzministerium und im Ministerium des Innern ausgearbeitet. Die Ergebnisse sollten den Organisationen und Parlamenten zu weiteren Verhandlungen vorgelegt werden.

Der Vertreter Preußens führte aus, daß die preussische Regierung den Wünschen der Beamenschaft, insbesondere auf Gewährung einer Entschuldungsbeihilfe, wohlwollend gegenüberstehe, daß aber Preußen nicht über die Mittel hierfür verfüge. Der Vertreter Bayerns stellte sich auf denselben Standpunkt. Die Vertreter von Württemberg, Baden, Hessen, Hamburg u. a. erklärten, daß ihre Regierungen in der Beamtenfürsorge schon entschieden weiter gegangen seien als das Reich und Preußen. Die Vertreter Sachsens, Lübeds und Anhalts betonten, daß ihre Regierungen sich den Maßnahmen des Reiches und Preußens anschließen würden. Auch ihre Regierungen sind teilweise schon weiter gegangen. Mecklenburg lehnte die einmaligen Zulagen ab. Bremen ist schon weiter gegangen als das Reich und Preußen, will diesen aber folgen, wenn sie mehr bewilligen sollten. Die Ausführungen verschiedener Vertreter des deutschen Beamtenbundes gipfelten in Erklärungen, daß sie ihre Mitglieder bei Nichtbewilligung einer Entschuldungsbeihilfe nicht mehr in der Hand hätten und ein allgemeiner Streik die Folge sei. Demgegenüber stellten sich die Vertreter des interfraktionellen Ausschusses allgemein auf den Standpunkt, daß die Bewilligung abhängig zu machen sei von der Berechtigung und Notwendigkeit der Forderungen.

Das Ergebnis der Verhandlungen war folgendes. Der Direktor des deutschen Beamtenbundes, Geheimrat Falkenberg, Dezernent des Reichsministeriums des Innern, wurde beauftragt, sofort nach Weimar zu fahren, um dem Reichsministerium über den Verlauf der Verhandlungen Vortrag zu halten. Alle anwesenden Vertreter der verschiedenen Bundesstaatlichen Regierungen erklärten sich bereit, in weitere Verhandlungen mit dem Reichsministerium einzutreten. Den anwesenden Vertretern der Organisationen wurde anheimgestellt, eine Abordnung nach Weimar zu entsenden, um dort die Antwort von der Reichsregierung entgegen zu nehmen.

Am folgenden Tage (13. August) fand dann eine Konferenz der Beamtensvertreter mit dem Reichsministerpräsidenten Bauer, dem Reichsminister des Innern, Dr. David, und dem Reichswirtschaftsminister im Beisein einer Anzahl Geheimräte statt. Vom deutschen Beamtenbund waren vielleicht sechs Herren anwesend. Die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner war vertreten durch die Kollegen Unterassistent Meyer, Wagenmeister Birthöfer und Schreiber dieses.

Inzwischen hatte am 12. Juli eine Besprechung von Vertretern des deutschen Beamtensbundes mit den Regierungsvertretern in Weimar stattgefunden, an der die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner nicht beteiligt war. Die Leitung des deutschen Beamtensbundes nahm nach Äußerungen ihrer Vertreter von dieser Besprechung den Eindruck mit, als wenn die Regierung schon bestimmte Zusagen für Gewährung einer Entschuldungsbeihilfe gegeben habe, und dementsprechend veröffentlichte sie auch eine Mitteilung in der Presse. Seitens der Regierung wurde die Richtigkeit dieser Mitteilung bekanntlich in Abrede gestellt. Bei den Verhandlungen im interfraktionellen Ausschuss wurde festgestellt, daß die Regierung tatsächlich keinerlei bindende Zusage gemacht hatte, sondern lediglich ihre Geneigtheit zu Verhandlungen in Aussicht stellte. Diese (wohl die einzige) Besprechung des deutschen Beamtensbundes mit Regierungsvertretern in der in Rede stehenden Angelegenheit, bei der keine Vertreter der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner beteiligt waren, hat demnach durch ein den Beteiligten selbst unklar gebliebenes Ergebnis zu unnötiger Beunruhigung der Beamtenschaft geführt, indem ihr vorzeitige Hoffnungen gemacht wurden. Die Beamtenschaft mußte dadurch den Eindruck gewinnen, als wenn die Reichsregierung zuerst Zusagen gemacht habe, von denen sie nachher zurückgetreten sei. Tatsächlich waren keine bindende Zusagen gemacht worden, wie von verschiedenen beteiligten Abgeordneten im interfraktionellen Ausschuss festgestellt worden ist.

Am 15. August erfolgte dann in Uebereinstimmung mit den preussischen Ministern der inzwischen bekanntgegebene Kabinettsbeschluß, vorbehaltlich der Zustimmung der Parlamente, eine einmalige Teuerungszulage zu gewähren und das Kindergeld der laufenden Teuerungszulagen für alle Teuerungsklassen auf 50 Mark zu bemessen.

So gestaltete sich im wesentlichen der Verlauf der Verhandlungen. Wenn der Vorstand des Eisenbahnbeamtenbundes in seinem eingangs erwähnten Rundschreiben behauptet, der Enderfolg sei lediglich dem tatkräftigen Eintreten des Eisenbahn-Obersekretärs Lange zu danken, dann ist das eine Irreführung sondergleichen. Herr Lange hat bei den ganzen Verhandlungen die denkbar ungünstigste Rolle gespielt. Erst nachdem die gewerkschaftlichen Organisationen die Aktion eingeleitet hatten, trat auch der Eisenbahnbeamtenbund auf. Wie lächerlich er einfiel, ist schon durch sein Auftreten und die dabei ihm gewordene Absuhr in der Nachsicht mit den Gewerkschaftsleitern bewiesen, über die in der oben wiedergegebenen Mitteilung der „Gewerkschaft“ schon das Nötige gesagt wurde. Recht ungeschickt war dann auch das Verhalten des Herrn Lange selbst in der Sitzung im Reichsfinanzministerium am 12. August in Berlin und am folgenden Tage in Weimar, als er — für einen Gewerkschaftsleiter ein Armutzeugnis — bekannte, daß die Leitung des Eisenbahnbeamtenbundes ihre Leute nicht mehr in der Hand behalten könne, wenn die Zulage nicht bewilligt werde. Erstens hatte die Bundesleitung unflüg taktiert, indem sie den Beamten unbegründete Hoffnungen gemacht hatte, und zweitens darf eine Gewerkschaftsleitung, die ernst genommen werden will, sich niemals schieben lassen, sondern muß unter allen Umständen ihre Leute in der Hand haben. Wenn die Blamage für Herrn Lange nicht größer geworden ist, so hat er das lediglich der besonnenen Haltung der Herren Falkenberg und Remmers vom deutschen Beamtensbund zu danken, die wiederholt die Situation retteten, und wenn es auf Herrn Lange allein angekommen wäre, dann wäre jedenfalls das Zugeständnis der Regierung nicht erzielt worden. Das gab Reichsministerpräsident Bauer recht deutlich zu verstehen. Herr Bauer sagte u. a., diese Art des Herrn Lange sei keine Art zu verhandeln, so hereingeschneit zu kommen, der Regierung die Pistole auf die Brust zu setzen und zu sagen, dies und jenes verlangen wir, und wenn es nicht gewährt wird, dann streiken wir. Wenn die Beamten streiken wollen, so führte Herr Bauer weiter aus, dann mögen sie ruhig streiken, die Regierung fühlt sich stark genug, dem mit der größten Ruhe entgegenzusehen. Bis jetzt seien noch alle Eisenbahnerstreiks zusammengebrochen, so werde es auch diesem gehen, und wenn die Art des Verhandeln bekannt würde, wie sie die Beamten gegenwärtig belieben, bezweifle er sehr, daß sie die Sympathie der Öffentlichkeit für sich gewinnen würden. Daß das für die Zukunft nur zu Ungunsten der Beamten ausschlagen könne, sollten sie sich doch wohl überlegen. Allerdings kann ich auch dem Ministerpräsidenten Bauer nicht in

allen seinen Ausführungen beipflichten. Jedenfalls hielt ich es nicht für sehr geschickt, daß er diesen Erklärungen nicht eine solche über die Bereitwilligkeit der Reichsregierung zu weiterem Verhandeln vorhergehen ließ. Dieses holte dann recht geschickt Dr. David nach, der die einzelnen Phasen der Verhandlungen durchging und darauf hinwies, daß man doch schon etwas weiter gekommen sei. Wenn die Beamtensführer ihre Leute darauf verwiesen, dann mußten sie doch einsehen, daß die Regierung zum Entgegenkommen bereit sei. Man müsse nun aber die Weiterverhandlungen mit der preussischen Regierung abwarten. Herr Lange mußte sich damit natürlich auch abfinden und noch einige Tage auf die Entscheidung warten, so gut wie die andern Unterhändler auch, und seine beliebte Argumentierung, die Beamten seien nicht mehr zu halten, wenn man kein greifbares Resultat (Entschuldungsbeihilfe) von Weimar mitbrächte, fällt damit in sich zusammen. Die Beamten haben nicht gestreikt und hätten auch nicht sobald gestreikt. Das liegt nun vor aller Welt offen. Und die Regierung weiß sehr wohl (wenn sie es noch nicht gewußt haben sollte), daß Herr Lange mit seiner Streikandrohung nur gestunkert hat.

Damit will ich nun nicht gesagt haben, daß keine Explosivstoffe bei der Beamtenschaft angelagert waren. Daß dieses der Fall war, darüber hat auch der Sprecher der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, Kollege Unterassistent Meyer, der im übrigen die Forderung auf Gewährung einer Entschuldungsbeihilfe recht nachdrücklich vertrat, die Regierung nicht im Zweifel gelassen. Etwas anderes aber ist es, von den aufgeschickten Explosivstoffen zu reden in der Form wie es Kollege Meyer getan hat und in der von Herrn Lange beliebten Form. Auch ich habe im interfraktionellen Ausschuss den Vertreter des Reichsfinanzministeriums schon anfangs August darauf aufmerksam gemacht, daß ein allgemeiner Eisenbahnerstreik unvermeidlich in 4—6 Wochen kommen werde, wenn nicht einschneidende Hilfsmaßnahmen getroffen würden. Es ist aber wiederum etwas anderes, wenn man den Streik unmittelbar an die Wand malt, und damit eine so fortige Zulage erzielen will, als wenn man auf die selbstverständliche Entwicklung der Dinge hinweist.

Hinsichtlich der speziellen Haltung der Eisenbahner muß dann auch noch gesagt werden, daß ein allgemeiner Streik in den Bezirken, in denen die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner dominiert, vollständig ausgeschlossen ist, solange nicht die Gewerkschaftsleitung die Parole dafür ausgibt. Gott sei Dank: unsere Leute sind noch so diszipliniert. Bevor aber eine derartige (sehr unverantwortliche) Parole ausgegeben worden wäre, hätte man sich noch einige Male an den Verhandlungstisch gesetzt. Jedenfalls darf eine „richtiggehende“ Gewerkschaftsleitung niemals ihre Leute aus der Hand verlieren, darf aber auch niemals eine Streikparole davon abhängig machen, ob die eine oder andere Forderung bewilligt oder nicht bewilligt wird, sondern nur dann, wenn eine Forderung, die berechtigt und deren Erfüllung notwendig ist, auch dann nicht erfüllt wird, wenn die Erfüllung möglich ist.

Wenn nun Herr Lange derjenige ist, der m. E. bei den ganzen Verhandlungen infolge seiner ungeschickten Taktik mehr Hindernis als Triebkraft war, wenn fällt dann das Verdienst für das Zustandekommen der einmaligen Zulage zu?

Es zerfällt in viele Teile. Das größte Verdienst kommt unzweifelhaft dem interfraktionellen Ausschuss der deutschen Nationalversammlung zu, in erster Linie dessen Vorsitzenden, Abgeordneten Naden. Ferner soll auch dem Reichsministerium ein großes Verdienst zugesprochen werden. Das größte Hindernis war das preussische Ministerium, dank der ungeheuer schwierigen Finanzlage in Preußen. Wenn das preussische Ministerium umgestimmt wurde, so ist das wiederum zum großen Teil dem tatkräftigen Verhandeln des interfraktionellen Ausschusses zuzuschreiben, dessen sozialdemokratische Mitglieder auf ihre Parteigenossen und dessen Zentrumsmitglieder auf ihre Kollegen im preussischen Ministerium eindringlich eingewirkt haben.

Ich bezweifle sehr, daß das Verhandlungsverfahren des Bundes, stets mit einer Gefolgschaft von 8—10 und noch mehr Leuten am Verhandlungstisch zu erscheinen, irgend welchen Eindruck macht. Doch will ich darin kein Urteil fällen. Auf alle Fälle hat die Leitung der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner bei der Aktion früher eingeseht und hat sie in jedem Stadium mit allem Nachdruck gefördert. Wenn sie nicht so viel Aufhebens davon macht, dann zeigt sie damit eben auch, daß sie eine richtiggehende Gewerkschaft ist.

Die gelbe Gewerkschaft zeigt hier auch wieder ihren Schaumbläsercharakter. Als im Januar die Betriebszulage von der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner herausgeholt wurde, war es auch so. Die Leiter des Eisenbahnbeamtenbundes hatten gar keine Ahnung von den stattgefundenen Verhand-

lungen über die Betriebszulagen, als die Vertreter der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner ihren Erfolg schon in der Tasche hatten. Kollege Ebersbach von den Unterassistenten brachte ihn als Neuigkeit mitten in einer Versammlung des Bundes zu dessen Kenntnis. Einige Minuten später traf ich zufällig mit Herrn Vange in der Retirade zusammen. Er hat mich wohl für einen x-beliebigen Bundesvertreter gehalten, erzählte mir nun brüthwarm die Neuigkeit und gab ihr den Anstrich eines recht hübschen Bundeserfolges, nicht ahnend, daß ich eingeweiht und an den Gewerkschaftsverhandlungen mit dem Ministerium selbst beteiligt war.

Das ist die richtige gelbe Retiradenpolitik. So wird es gemacht. So soll es auch jetzt bei der Entschuldungsbeihilfe wieder werden. Unsere Gewerkschaft deutscher Eisenbahner leistet die Arbeit, der gelbe Eisenbahnbeamtenbund schlägt den Schaum dazu.

Bur Frage der Tarifverträge in den Staatsbetrieben.

Schon vor längerer Zeit fanden im Reichsarbeitsamt Verhandlungen mit den Vertretern der Gewerkschaften statt — auch wir waren vertreten — um die Frage der Tarifverträge in den Staatsbetrieben zu klären. Uebereinstimmend stellten sich alle Gewerkschaftsvertreter auf den Standpunkt, daß Tarifverträge in den Staatsbetrieben nicht nur möglich, sondern auch notwendig seien. Mittlerweile ist dann der Wind wieder einmal umgeschlagen. In einem preußischen Ministerium wurde wegen des Tarifvertragsgedankens eine ziemlich heftige Opposition gemacht. Man wolle wohl mit den Gewerkschaften über Lohn- und Arbeitsbedingungen verhandeln, dann aber die Lohnordnung von oben herab verfügen. Jetzt ist durch einen Entschluß der Reichs- und preußischen Regierung die Tarifvertragsfrage grundsätzlich entschieden worden. Dem Abgeordneten Behrens erließ die Reichsarbeitsminister auf eine Anfrage folgende Antwort:

„Die Reichsregierung hält die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der bei Reichsbahnen beschäftigten Lohnangestellten für zulässig und erwünscht. Eine Anzahl derartiger Tarifverträge ist bereits abgeschlossen worden. Ueber den Abschluß weiterer wird mit den zuständigen Berufsvereinigungen verhandelt. Die preußische Staatsregierung hat sich der Stellungnahme der Reichsregierung in dieser Frage angeschlossen.“

Jetzt gilt es, die Tarifvertragsfrage innerhalb der einzelnen Staatsbetriebe praktisch in Fluß zu bringen. Wir unsererseits werden jede Verhandlungen im Ministerium über eine neue Lohnordnung ablehnen, die sich nicht im Rahmen und nach den Grundsätzen von Tarifvertragsverhandlungen bewegt. Keine neue Lohnordnung, wohl einen Tarifvertrag. Der heutige Zustand innerhalb der Eisenbahnverwaltung kommt ja zum guten Teil daher, weil das Arbeitsvertragsverhältnis eben nicht „vertragsmäßig“ zustande kommt.

Nachdem die preußische Landesversammlung den Eisenbahnminister beauftragt hat, an einzelnen Orten keine Neuregelung der Löhne vorzunehmen, bis neue Verhandlungen mit den Gewerkschaften stattgefunden haben, dürfen wir wohl erwarten, daß diese Verhandlungen recht bald beginnen. Denn darüber sind sich doch alle vernünftigen Menschen klar: Die Schaffung eines Tarifvertrages, der eine Vereinheitlichung des ganzen Lohnwesens und damit verbunden einen organischen Aufbau desselben bringen soll, erfordert eine Arbeit, die nicht in 8 bis 14 Tagen zu leisten ist. Wie lange will die Verwaltung und auf was will die Verwaltung denn eigentlich noch warten? Ganz gleich, wie sich unsere wirtschaftlichen Verhältnisse in Zukunft gestalten, einmal muß doch der Anfang gemacht werden. Auf dem Lohnwesen der Eisenbahnarbeiter, -handwerker und -hilfsbeamten muß dann organisch das Gehaltswesen der Beamten aufgebaut werden. Parallel laufend damit werden dann wohl hoffentlich auch endlich geordnete Interessenvertretungen für die Arbeiter wie für die Beamten geschaffen werden. Wenn man sich unsere heutige wilde Eisenbahnratwirtschaft ansieht, so wohl bei den Beamten wie bei den Arbeitern, bekommt man ein gelindes Grauen. Sinzu kommt, daß einzelne Verwaltungsorgane auch heute noch nicht das richtige Verhältnis zu den Gewerkschaften finden können. Erst dieser Tage kam uns ein geradezu drastischer Beweis in die Hände, wie aus dem Ministerium heraus allerlei gelbe Klüngelverbändchen, zum Teil mit lächerlich niedrigen Mitgliederzahlen protegiert und die drei großen gewerkschaftlichen Organisationen in einer anscheinend harmlosen Weise ausgeschaltet wurden. Nach dieser Richtung hin ist bei uns überhaupt das

Maß voll bis zum Ueberlaufen. Bei den letzten Eisenbahnerputschen haben wir ja den Nachweis erbracht, daß wir Verständnis haben für die Not unseres Volkes. Unsere Mitglieder haben, wenn es auch recht schwer fiel, unsere Parole befolgt. Wenn alle Stricke reißen, dann werden wir aber auch nicht davor zurückschrecken, unsere gewerkschaftliche Macht zu gebrauchen, um dem jetzigen Zustand, der auf die Dauer unerträglich ist, ein Ende zu machen. Einzelne Stellen der oberen Eisenbahnbürokratie sollen mit unserer Gutmütigkeit und anständigen Gesinnung nicht dauernd Schindluder treiben, alles hat einmal ein Ende, auch unsere Lammesgebuld.

Beamtenfragen und Nationalversammlung

Von F. Kreutz, M. d. R.

Am Hoftheater in Weimar, der gastlichen Stätte der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung, zeigte die ausgehängte neue schwarz-rot-goldene Reichsflagge am späten Abend des 31. Juli die Annahme der Verfassung der deutschen Republik an. Am gleichen Tage vor 21 Jahren kündeten die Trauerglocken das Ableben des größten deutschen Staatsmannes — Bismarck. Auch die Entscheidung für den Beginn des eben hinter uns liegenden grauen Völkerrings, dem der Zusammenbruch des alten Kaiserreichs folgte, fiel an einem 31. Juli. Wahrlich ein ewig denkwürdiger Tag! Denkwürdig aber auch für die Beamtenenschaft!

In der Tagespresse wurde allerdings von dem „Debatteklub in Weimar“ als von einem Dilettantenparlament gesprochen. Man suggerierte dem Volke — und das war das große Mitverschulden einer tendenziösen Presse an vielen wilden Putsch- und Streikmachenschaften —, die Nationalversammlung debattiere über nebensächliche Dinge, ihre Hauptaufgaben aber vernachlässige sie pflichtwidrig. Tatsache ist ja, daß in der Nationalversammlung wie in allen Parlamenten viel zu viel und viel zu lang geredet wird. Insbesondere waren es die Unabhängigen Sozialdemokraten, die immer wieder durch endlose Behreden die positive Arbeit beeinträchtigten. Die Cohn, Haase, Gentz, Jick versuchten in dieser Richtung ihr möglichstes. Aber trotz dieser Vielrederei ist im verfassunggebenden deutschen Parlament ungeheuer viel praktische Arbeit geleistet worden. Zur Steuer der Wahrheit und im Interesse der Gerechtigkeit kann dieses nicht scharf genug betont werden. Ja, in keinem Parlamente der Welt und zu keiner Zeit ist soviel positive Gesetzgebungsarbeit geleistet worden, wie sie die deutsche Nationalversammlung in verhältnismäßig kurzer Zeit bewältigt hat. Abgesehen von der ungeheuer schwierigen und zeitraubenden Arbeit, die sich aus den Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen ergab, abgesehen auch von den Schwierigkeiten, die sich infolge der vorhandenen Partei- und Weltanschauungsgegensätze bei den Verhandlungen über die Verfassung geltend machten, muß doch in Betracht gezogen werden, daß die Wiederaufrichtung des Reiches und unseres völlig zusammengebrochenen Wirtschaftslebens eine Riesenaufgabe ist, deren Lösung nicht im Handumdrehen geschehen kann, und wenn die verhältnismäßig glatte Ueberwindung der Revolution auch nicht zum geringsten dem allgemein vorhandenen gesunden Sinne des deutschen Volkes zu danken ist, so fällt doch der Löwenanteil an der Lösung dieser Riesenaufgabe auf die Nationalversammlung. Insbesondere kann auch die Beamtenenschaft mit den Entscheidungen, die in ihrem Interesse von der Nationalversammlung getroffen wurden, im allgemeinen sehr wohl zufrieden sein.

Bekanntlich war die Beamtenenschaft in Ansehung des Erfurter Programms der Sozialdemokratie außerordentlich beunruhigt um ihre Zukunft. Und die Tatsache, daß die Sozialdemokratie zu ihrem jetzigen Einfluß gelangte, gab dieser Beunruhigung einen nur zu berechtigten Anlaß. Das Programm der provisorischen Regierung war nicht geeignet, diese Beunruhigung zu zerstreuen. In diesem Programm hieß es: „Beseitigung aller Bevorzugungen bei der Besetzung von Beamtenstellen. — Den Beamten sind die staatsbürgerlichen und beruflichen Rechte einschließlich des Koalitionsrechtes zu sichern. Eine zeitgemäße Neuregelung der Besoldungs- und Pensionsverhältnisse ist durchzuführen. Schaffung eines freizeithilflichen Beamten- und Disziplinarrechts.“ Wenn die Vertreter der Mehrheitsparteien auch weniger besorgt waren, da sie ja ausschlaggebenden Einfluß auf die Regierung haben, so konnte man andererseits die Besorgnis der Rechtsparteien verstehen. Angesichts der bedenklichen Vorgänge in Preußen betreffend die einstweilige Versetzung der Beamten in den

Ruhestand und angeht das mittlere Programm der Reichsregierung brachten sie schon am 28. März die folgende Interpellation ein:

„1. Die Verordnung der preussischen Regierung vom 26. Februar d. J., betreffend die einstweilige Versetzung der unmittelbaren Staatsbeamten in den Ruhestand, hat nicht nur unter den preussischen, sondern auch unter den Reichsbeamten Beunruhigung hervorgerufen. Beabsichtigt die Reichsregierung etwa ähnliche Maßnahmen für die Reichsbeamten in die Wege zu leiten? Befehlendenfalls, welche?“

2. In Punkt 10 des Arbeitsprogramms der Reichsregierung ist die Neuordnung der Besoldungs- und Pensionsverhältnisse und die Schaffung eines einheitlichen Beamten- und Disziplinarrechts in Aussicht gestellt. Wann und nach welchen Grundsätzen beabsichtigt die Reichsregierung diesen Punkt ihres Programms zu verwirklichen und wie gedenkt sie bis dahin der wirtschaftlichen und sozialen Notlage der Beamten, Pensionäre und deren Hinterbliebenen Rechnung zu tragen?

3. In weiten Kreisen der Beamtenschaft besteht der Wunsch, es möge, unbeschadet der Verankerung der Grundrechte der Beamten in der Verfassung, die Erfüllung gewisser Mindestforderungen hinsichtlich der Besoldungen, Ruhegehälter und Hinterbliebenenbezüge der unmittelbaren und mittelbaren Staatsbeamten — insbesondere auch der Gemeindebeamten und Lehrer — durch Reichsgesetz gewährleistet werden. Welche Stellung nimmt die Reichsregierung diesen Bestrebungen gegenüber ein?“

Die Beantwortung und Besprechung der Interpellation erfolgte erst am 1. August vor ungefähr leeren Bänken. Auf diese Verhandlungen wird noch näher zurückzukommen sein. Es sei vorweg bemerkt, daß nach Verankerung der Grundrechte der Beamten in der Verfassung die Behandlung der Interpellation im Plenum praktisch keine große Bedeutung hatte. Danach war auch die Besetzung des Hauses. Einschließlich der Minister waren nur etwa 40 Abgeordnete anwesend, immerhin bezeichnend. Die Unabhängigen glänzten selbst während der Rede ihres Fraktionsgenossen zeitweilig mit nur einem zuhörenden Abgeordneten. Zur Entschuldigung muß aber angeführt werden, daß bei solchen Gelegenheiten juchend viel leeres Stroh gedroschen wird und es nicht zu den Unnehmlichkeiten gehört, dem zuzuhören. Andererseits waren wegen einer eingelegten Pause schon viele Abgeordnete abgereist. Der Zentrumsredner bemerkte mit Recht, daß den Beamten nicht mit Interpellationen geholfen werden könne und verwies auf den Weg der Verhandlungen mit den Organisationen.

Bei der Beantwortung der Interpellation erkannte Reichsminister des Innern, Dr. David, an, daß eine Aufbesserung der Pensionen und Hinterbliebenenbezüge notwendig, zurzeit aber noch nicht durchführbar sei, weil die Zahl der Ämter noch nicht festgestellt werden konnte. Er gab auch die Unhaltbarkeit des jetzigen Zustandes zu, schob aber trotzdem die Schuld auf das alte System. Hiermit schwor er natürlich Gegenfälligkeiten in der Debatte hervor, die im Interesse des gemeinsamen Zusammenarbeitens zum Wohle der Beamten besser unterblieben wären. Auch von anderen Seiten wurden Momente in die Diskussion hineingetragen, die mit der Sache selbst gar nichts zu tun haben. Im allgemeinen Beamteninteresse kann dieses nur bedauert werden, es ist aber die logische Folge davon, daß fast nur parlamentarische Reulinge vorgeschickt wurden. Reichsminister Dr. David erklärte fernerhin, daß die Regierung über die Notlage der Beamtenschaft klar und sich des Ernstes der Lage bewußt sei. Sobald die Etatsverhältnisse konsolidiert seien, solle die Besoldungsreform in Angriff genommen werden. Schon jetzt seien die Verhältnisse zur Klärung zu bringen und im Ministerium des Innern sei ein besonderes Dezernat gebildet, das sich mit diesen Fragen zu beschäftigen habe. Bis zur Durchführung der Besoldungsreform solle, soweit irgend vertretbar, mit Teuerungszulagen geholfen werden. Er wies weiter auf die schwebenden Verhandlungen mit den Regierungen der Einzelstaaten betr. Gewährung einer Entschuldungsbefreiung hin, bemerkte aber gleichzeitig, daß die Erhöhung des Geldvermögens allein nicht maßgebend sei, sondern nur durch Senkung der Lebensmittel- und Bedarfsgegenständepreise und Belebung der Produktion eine wesentliche Besserung des allgemeinen Wirtschaftslebens herbeigeführt werden könne, die dann auch den Beamten zugute käme. Der Minister vertritt damit ja auch unsern Gewerkschaftsstandpunkt. Nach den Ausführungen des Ministers sind die Vorarbeiten für die Neuordnung des Beamten- und Disziplinarrechts im vollen Gange. Das Beamtenrecht soll vornehmlich freiheitlicher gestaltet werden. Den Beamten soll Gelegenheit gegeben werden, leichter und schneller ihre Forderungen zur Geltung zu bringen und die Vertretung ihrer Interessen wirksamer zu gestalten.

Bezüglich der in Aussicht stehenden Entschuldungsbefreiung konnte der Minister noch keine Angaben über Höhe und Zeitpunkt machen. Die Verhandlungen mit den Beamtenvertretern dieserhalb finden in einer Konferenz am 12. August in Berlin statt. Das Ergebnis dieser Konferenz muß abgewartet werden. Zwecks Vermeidung agitatorischer Ausnutzung und intensiverer Vertretung der Beamtenforderungen wurde ein interfraktioneller Ausschuss für Beamtenfragen von der Nationalversammlung gebildet, dem von unserer Gewerkschaft Kollege Koch (Düsseldorf) und Schreiber dieser Zeilen angehören. Die Verhandlungen des Ausschusses mit der Regierung ergaben, daß letztere gewillt ist, die Befreiung gestaffelt nach Unverheirateten, Verheirateten und Kinderzahl vorzuschlagen. Ueber die Höhe und den Zeitpunkt der Auszahlungen konnte jedoch noch keine Vereinbarung getroffen werden, jedenfalls ist an die Auszahlung vor Ende September kaum zu denken. Den hauptsächlichsten Widerstand gegen diese Befreiung leistete die preussische Regierung.

Nach der endgültigen Annahme der Verfassung lauten die darin enthaltenen wichtigsten Bestimmungen für die Beamten wie folgt:

Artikel 39: Beamte und Angehörige der Wehrmacht bedürfen zur Ausübung ihres Amtes als Mitglieder des Reichstages oder eines Landtages keines Urlaubs.

Bewerben sie sich um einen Sitz im Reichstag, so ist ihnen zur Vorbereitung ihrer Wahl Urlaub zu gewähren.

Artikel 126: Alle Staatsbürger ohne Unterschied sind nach Maßgabe der Gesetze und entsprechend ihrer Befähigung und ihren Leistungen zu den öffentlichen Ämtern zugelassen. Die Grundlagen des Beamtenverhältnisses sind durch Reichsgesetz zu regeln. Alle Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte werden beseitigt.

Artikel 127: Die Anstellung der Beamten erfolgt auf Lebenszeit, soweit nicht durch Gesetz etwas anderes bestimmt ist. Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung werden gesetzlich geregelt. Die wohlverworbenen Rechte der Beamten sind unverletzlich. Für die vermögensrechtlichen Ansprüche der Beamten steht der Rechtsweg offen.

Die Beamten können nur unter den gesetzlich bestimmten Voraussetzungen und Formen vorläufig ihres Amtes enthoben, einstweilen oder endgültig in den Ruhestand oder in ein anderes Amt mit geringerem Gehalt versetzt werden.

Gegen jedes dienstliche Straferkenntnis muß ein Beschwerdeweg und die Möglichkeit eines Wiederaufnahmeverfahrens eröffnet sein. In die Nachweise über die Person des Beamten sind Eintragungen von ihm ungünstigen Tatsachen erst vorzunehmen, wenn dem Beamten Gelegenheit gegeben war, sich über sie zu äußern. Dem Beamten ist Einsicht in seine Personalsachweise zu gewähren.

Die Unverletzlichkeit der wohlverworbenen Rechte und die Offenhaltung des Rechtswegs für die vermögensrechtlichen Ansprüche werden besonders auch den Berufssoldaten gewährleistet. Im übrigen wird ihre Stellung durch Reichsgesetz geregelt.

Anmerkung: In dem ursprünglichen Entwurf der Verfassung waren diese Bestimmungen nicht enthalten. Sie sind erst in der Kommissionsberatung zwischen erster und zweiter Lesung auf Veranlassung der Beamtenvertreter der bürgerlichen Parteien hineingearbeitet worden. Der Satz: „Dem Beamten ist Einsicht in seine Personalsachweise zu gewähren“, wurde erst in zweiter Lesung im Plenum zugefügt. Ein Antrag der Kommission, der infolge unglücklicher Befassung (es fehlten mehrere beamtenfreundliche Abgeordnete) nicht durchkam, wollte diesen Satz wieder streichen und an seine Stelle setzen: „Die Eintragung ist dem Beamten mitzuteilen.“ Glücklicherweise wurde dieser Antrag — allerdings nur mit schwacher Mehrheit — mit Hilfe der Arbeiterabgeordneten abgelehnt. Die Möglichkeit des Wiederaufnahmeverfahrens gegen Straferkenntnisse wurde auch erst in zweiter Lesung im Plenum durchgekehrt.

Artikel 128: Die Beamten sind Diener der Gesamtheit, nicht einer Partei. Allen Beamten wird die Freiheit ihrer politischen Gesinnung und die Vereinigungsfreiheit gewährleistet. Die Beamten erhalten nach näherer reichsgesetzlicher Bestimmung besondere Beamtenvertretungen.

Anmerkung: Zu dieser letzteren Bestimmung war von sozialdemokratischer Seite der Zusatz beantragt: „jüngstens der Angestellten- und Arbeiterräte“. Dieser Zusatz wurde jedoch von den bürgerlichen Parteien abgelehnt. Gemäß unserer Gewerkschaftspolitik stimmte ich als einziger Abgeordneter von den bürgerlichen Parteien für diesen Zusatz. Er war aber nicht durchzuführen. Die übrigen Beamtenvertreter konnten eine derartige Gleichstellung mit den Arbeitern und Privatangestellten offenbar mit ihrer Anschauung über die

Stellung der Beamten nicht vereinbaren. Es ist aber nicht ausgeschlossen, und die Verfassung schließt es nicht aus, daß mit der Schaffung eines Reichsgesetzes über Beamtenvertretungen demnach etwas zustande gebracht wird, was unseren Gewerkschaftsgrundsätzen entspricht.

(Schluß folgt.)

Vereinsnachrichten.

Bez.-B. Barmen-Rittershausen. Unsere Versammlung findet am 12. Okt. 1919, nachmittags 3 Uhr im Vereinslokal Barmen-Rittershausen statt. Möchte allen Kollegen nochmals ans Herz legen, die Beiträge recht pünktlich zu zahlen. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Ruhn, 1. Vors.

Bez.-B. Berlin. Verhandlung vom 7. 8. 19. Die Versammlung wurde 7 Uhr vom 1. Vorsitzenden, Koll. Ruch, eröffnet und geleitet. Tagesordnung: 1. Verlesen der Niederschrift der letzten Versammlung, 2. Aufnahme neuer Mitglieder und Zahlen der Beiträge, 3. Bericht des Delegierten vom Verbandstag zu Essen, 4. Vereins-, Verbands- und Bundesangelegenheiten, 5. Verschiedenes. Die Niederschrift wurde verlesen und angenommen. 2 neue Mitglieder wurden aufgenommen und im Namen des Vereins vom Vorsitzenden begrüßt. Beiträge wurden gezahlt. Koll. Hermann erstattete Bericht über den Verlauf der Verbandstage und wies auf die Zeitschrift hin, woraus alles zu ersehen ist. Außerdem teilte er den Mitgliedern unter spannender Erregung mit, daß der Verbandsvorstand es nicht verstanden hat, in Sachen der Gewerkschaft die geschlossene Einigkeit zu erzielen. Da der Kompromißbeschluss ein schlechter Beweis der Geschlossenheit ist, so müssen wir abwarten, was die Zeit bringen wird. Sehr bedauerlich ist es, daß die Bahnmeister, wie Kollege Hermann bekanntgab, unseren Vorschlag verworfen haben. Wir sind doch wohl alle der Ansicht, daß jeder Stand selbst für bessere Stellung sorgt. Der Vortragende drückte sich durch die Worte, daß viele ihre Standesinteressen noch nicht erkannt haben, sehr treffend aus. Ferner teilte er mit, daß die Beiträge auf 3 M. erhöht sind und der Verbandsvorstand, Schriftführer und Kassierer je 400 M. im Jahr erhalten. Ueber unsere Vereinsangelegenheiten gab Koll. Hermann bekannt, daß der Verbandskassierer sich über die säumige Zahlungsweise des Kassierers in diesem Jahr gewundert hätte. Er hat schließlich den Koll. Hanisch darüber um Aufklärung, was auch geschah, wogegen die versammelten Mitglieder nichts zu äußern hatten. Der Vorsitzende sprach dem Koll. Hermann den Dank aus. Verschiedene Kollegen äußerten sich zur Sache und bedauerten sehr den Beschluss des Verbandstages, da doch nur geschlossene Einigkeit etwas erreichen kann. Unser Bezirksverein wird nun in der Versammlung im September zu den Bundesangelegenheiten endgültig Beschluss fassen. In Verfolg weiterer Verhandlungen hat der Koll. Hanisch nochmals alle Mitglieder, nicht die Kasse unmittelbar zu belasten. Der Vorstand gab nochmals bekannt, daß der Vierteljahrsbeitrag 4 M. beträgt und durch die Post portofrei und mit 10 Pf. Bestellgeld einzuschicken ist. Von den versammelten Mitgliedern wurde angeregt, das Stiftungsfest zu feiern, was einstimmig angenommen wurde. Zum Vergnügungskomitee wurden die Koll. Ziehe, Herber und Bahns gewählt; sie nahmen mit unserm Vereinswirt Rücksprache, demgemäß findet am Donnerstag, den 9. Oktober im großen und kleinen Saal das Fest statt. Zur Versammlung im September wird alles noch bekanntgegeben. Der Vorsitzende, Koll. Ruch, ersuchte, alle Hilfsrottenführer möchten ihm so bald wie möglich mitteilen, seit wann Hilfsrottenführer, in den Eisenbahndienst eingetreten, und in welchem Alter, desgleichen, welche zu Bahnwärtern oder Weichenstellern ernannt sind und Vorttenführerdienst versehen. Des Koll. Ruch Wohnung ist Berlin, Hochstr. 28, II. Unter „Verschiedenes“ wurde die Wahl der Ortsausschüsse erläutert. Schluß der Versammlung 10 Uhr. Nächste Versammlung am Donnerstag, den 4. September, abends 6 1/2 Uhr im Vereinslokal, Andreasstraße 21. Sämtliche Mitglieder und Nichtmitglieder werden eingeladen.

Fr. Reime, 1. Schriftführer.

Bez.-B. Düsseldorf. Versammlungsbericht vom 17. 8. 1919 im Oberbahnhauptlager Dpladen. Punkt 1. Der 1. Vorsitzende eröffnet 9 Uhr 30 Min. vorm. die Versammlung mit einem Willkommgruß an die 18 erschienenen Kollegen. Hiernach wurde zur Erledigung der Tagesordnung übergegangen. Daran schloß sich die Lagerbesichtigung, Aufklärung über Entladung und Verladung der verschiedenen Materialien, sowie Befichtigung der Weichenwerkstätte und Schwellenlocherei. Punkt 2. Aufnahme neuer Mitglieder. Es wurden aufgenommen 7 Kollegen und vom ersten Vorsitzenden herz-

willkommen geheißen. Punkt 3. Gründung eines Vertrauensbezirks Dpladen, um mit den weitverbreiteten Kollegen bessere Verbindung zu erlangen und die Kollegialität reger zu gestalten. Es wurde einstimmig Kollege Breibach, Bahnhof Dpladen, zum Vertrauensmann für Bezirk Dpladen gewählt. Um 11 Uhr vorm. erschien Herr Rechnungsrat Rixen — Obermaterialien-Vorsteher des Oberbahnhauptlagers — und hielt eine kernige Ansprache betreffs Hand in Hand arbeiten; scharfes Ausfortieren, Einteilung (getrennte Verladung) und Verwertung des Materials, um dadurch unsere Eisenbahn wieder auf die Höhe zu bringen. Die Versammlung nahm die Ansprache des Herrn R.-R. Rixen mit vollem Beifall auf. Erwünscht wäre eine bessere Beteiligung gewesen, leider konnten die Kollegen aus dem unbefestigten Gebiet wegen Verkehrsschwierigkeiten nicht erscheinen. Um 12 Uhr schloß der erste Vorsitzende die Versammlung.

Franz Bachhausen, 1. Vors.

Bez.-B. Duisburg. Die Hilfsrottenführer unseres Bez.-Vereins wollen umgehend an den 1. Vorsitzenden Johann Fint, Duisburg, Kaitweg 12, folgendes mitteilen: 1. Geburtsdatum, 2. wann bei der Eisenbahnverwaltung eingetreten und 3. seit wann zum Hilfsrottenführer ernannt.

Der Vorstand, J. A.: Steinfurt.

Bez.-B. Essen. Bekanntmachung! Die nächste Versammlung findet statt am Sonntag, den 12. Oktober, nachm. 3 Uhr, im früheren Vereinslokal, Rath. Gefellenhaus in der Steeler Str. Die Tagesordnung, welche sehr wichtig ist, wird in der Versammlung bekanntgegeben. Unter anderem wird die Bildung einer Ortsgruppe zwecks besserer Organisation geplant, damit die Kollegen räumlich nicht so weit voneinander wohnen, die vierteljährlichen Versammlungen bequemer und billiger erreichen können und somit auch die noch fernstehenden Kollegen für den Verband gewonnen werden können. Durch rührige Agitation in kleineren Bezirken kann dieses erreicht werden, durch eifrige Handhabung muß solches gelingen. Auch die Neuwahlen der Vertrauensmänner, welche infolge der Kriegswirren der Vergessenheit anheimgelassen sind, müssen wieder vorgenommen werden. Es ist die Bildung einer besonderen Ortsgruppe im östlichen Teil unseres Bez.-Vereins vorgesehen, etwa für die Bezirke Wanne, Bochum, Neudingshausen und Umgebung, und könnten die dort wohnenden etwa 50 Mitglieder dann dorthin überwiesen werden. Wir bitten die Kollegen der vorgenannten Bezirke, dazu Stellung zu nehmen und recht zahlreich in der Versammlung zu erscheinen. Ueberhaupt bitten wir die Kollegen, doch zahlreicher in den Versammlungen sich einzufinden und die Vereinigung als eine zusammengehörige Familie zu betrachten, wo bei den Beratungen, welche dort gepflogen werden, ein jeder dort wie auch hier zugegen sein muß. Alles allein dem Vorstände zu überlassen, ist, wenn derselbe es auch machen würde, doch nicht angängig und auch durchaus nicht ratsam; im neuen Deutschland darf und muß doch ein jeder ohne Furcht sein Können und Wissen in den Dienst des Vereins und der Organisation stellen. Nehmen wir uns ein Beispiel an den Arbeitervereinigungen, wo alle ohne Ausnahme der Organisation angehören und wie da die allmonatlichen Versammlungen vollzählig besucht sind. Es genügt bei weitem nicht, wenn zu den Vereinsversammlungen stets nur der Vorstand und die altbekannten Kollegen erscheinen und es ist bedauerlich, daß Kollegen, welche weder die Eisenbahn noch Straßenbahn zu benutzen brauchen, um zu dem Versammlungslokal zu gelangen, schon seit längerer Zeit nicht mehr gesehen worden sind. Was dieselben eigentlich von den Vereinsversammlungen denken, ist uns ein Rätsel. Ebenso wie der Vereinsvorstand niemals versagt hat und stets zur Stelle ist, können doch auch mit der nämlichen Zeitaufwendung, denselben Mühen und Unkosten die allermeisten der Mitglieder anwesend sein. Durch das vollzählige Erscheinen der Kollegen würde besonders dem Vereinskassierer manche Stunde Arbeit, insbesondere aber das Ausschreiben von Ermahnungen, welches wiederum mit Unkosten und Unannehmlichkeiten verknüpft ist, erspart bleiben. Anschließend hieran bemerken wir ganz besonders, daß der vierteljährliche Beitrag ab 1. Oktober d. J. 3.— Mark beträgt. Es ist, wie der Kollege in dem Eingekant der Nr. 15 unserer Zeitschrift zum Ausdruck bringt, sehr bedauerlich, daß der Standesvereinigung so wenig Interesse entgegengebracht wird. Also dergleichen Zustände hier nicht eintreten lassen, die Versammlungen fleißig besuchen und die geringen Mühen nicht scheuen! Zeit dafür ist da, die Entschuldigung: ich hatte keine Zeit, ist zum allergrößten Teil nicht mehr maßgebend und ist einmal gewesen. Erscheint alle in der Versammlung, helfst alle unseren Verband fest organisieren, die fernstehenden Kollegen dem Verein zuführen, damit vor Jahreschluß ein einiges, vollzähliges Verbands- und Vereinswerk da steht.

Der Vorstand, J. A.: Kerstiens, Schriftf.

Bez.-B. Gießen. Versammlungsbericht und Einberufung. Die letzte Versammlung am 20. 7. war sehr gut besucht und die Tagesordnung wurde bald erledigt. Die nächste Versammlung findet in Herborn im Gasthaus „Zur Sonne“ am Sonntag, den 12. Oktober, mittags um 12 Uhr statt. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Die Beiträge für den Beamtenbund (Gewerkschaftsbund deutscher Eisenbahnbeamten, Bundesbezirk Frankfurt-Main) sind bei den jetzt gebildeten Ortsstellen von jedem Mitglied einzuzahlen und an den Schatzmeister des Bez.-Vereins Gießen, Kollegen Lepper in Wiesbaden bei Gießen, die Verbandsbeiträge von vierteljährlich 3 Mark, ab 1. 10. 19, pünktlich und bestellgeldfrei einzusenden. Die vom 1. 7. 19 an den Bezirksverein bezahlten 3 Mark Bundesbeiträge pro Mitglied sind als besonderer Beitrag für Bundeszwecke zu zahlen.

Der Vorstand. J. A.: Ufer.

Bez.-B. Guben. Einladung. Unsere nächste Versammlung findet am Sonntag, den 5. Oktober 1919, vormittags 11 Uhr, Gasthof „Goldene Krone“, Berlinerstr., statt. Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder wird gebeten; da Koll. Herr Raad vom Verbandstage mündlich Bericht erstatten will, so werden die noch fernstehenden Kollegen hiermit herzlich eingeladen.

J. A.: Neumann.

Bez.-B. Hersfeld u. Unga. Einladung. Am 5. Okt. d. J., vorm. 10 Uhr, findet in Hersfeld eine Versammlung statt. Lokal: Zur Lullusquelle, Herr Sander. Alle Kollegen, auch Nichtmitglieder, werden gebeten, zahlreich zu erscheinen. Tagesordnung: 1. Vorstandswahl: Zu wählen sind der gesamte Vorstand und die Vertreter. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Zahlen der Beiträge. 4. Verschiedenes.

J. A.: Kranz, 2. Schriftf. Oberhausen b. Hersfeld.

Bez.-B. Rattowitz. Versammlungsbericht vom 6. 7. 1919 und Einladung. Der 1. Vorsitzende eröffnete die Versammlung um 2¼ Uhr und begrüßte die erschienenen Kollegen. Tagesordnung: 1. Verlesen der Niederschrift vom 6. 4. 1919 und Annahme derselben. 2. Anfertigen der Anwesenheitsliste; anwesend waren 14 Mitglieder. 3. Entrichten der Beiträge, wie üblich. 4. Verlesen einiger Schriften aus dem Beamtenbunde von der D. R. Schl. der Versammlung um 5 Uhr. Nächste Versammlung am 5. Oktober 1919, um 2 Uhr nachm., in Beuthen (O.-S.), Tarnowitzer Str. 16. Es wird gebeten, zu dieser Versammlung vollständig zu erscheinen und die Nichtmitglieder ebenfalls zum Beitritt zu bewegen.

Rosalla, Schriftführer.

Bez.-B. Rassel. Versammlungsbericht vom 20. 7. 1919. Der 1. Vorst., Koll. Salzmann, eröffnete 1½ Uhr nachm. die Versammlung und leitete dieselbe. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder, Zahlen der Beiträge und Anwesenheitsliste (aufgenommen wurden sechs Kollegen); 2. Bericht des 1. Vorst. über den Verbandstag; 3. Festlegen der Reisekosten für den Delegierten zum Verbandstag; 4. Erhöhung der Kranzspende bei Sterbefällen; 5. Aufbesserung der Vereinskasse. Es wurde einstimmig beschlossen, die Kasse durch laufende Beiträge aufzubessern, und zwar die Beiträge vom 1. Oktober an um 50 Pfg. zu erhöhen. Mithin hat jeder Kollege vom 1. Oktober d. J. 4 Mk. vierteljährlich als Beitrag zu zahlen. Ferner wird nochmals an das pünktliche Zahlen der Beiträge erinnert, auch ist das Bestellgeld seitens der Post auf 10 Pfennig erhöht; schickt also recht pünktlich die Beiträge und vergeht nicht die 10 Pfennig Bestellgeld, denn die Kasse kann den Schaden nicht tragen. 6. Bericht des 1. Vorst. über den Beamtenbund. 7. Verschiedenes. Die nächste Versammlung findet auf allgemeinen Wunsch des Morgens 9½ Uhr statt, der Tag der Versammlung wird später in der Zeitung bekanntgegeben. Es wurde noch über verschiedene Dienstangelegenheiten gesprochen. Danach schloß der 1. Vorst. die Versammlung um 4¼ Uhr.

Der Vorstand. J. A.: Kößing, 1. Schriftf.

Bez.-B. Leipzig. Bericht von der Monatsversammlung am 6. Aug. 1919. Der 1. Vorsitzende Kollege Naumann eröffnete 7½ Uhr durch Begrüßung der Kollegen die Versammlung. Tagesordnung: Punkt 1. Aufnahme neuer Mitglieder: Aufgenommen wurde Kollege Kurt Karnagel, Bahnmeisterei Taucha. Punkt 2. Bericht über verschiedene Eingänge. Punkt 3. Bundesangelegenheiten: Kollege Naumann gab über eine Sitzung vom Beamtenbund und sämtlicher Fachvereinsvorstände am 4. 6. 19 bekannt. Der Vierteljahrsbeitrag von 1,15 Mk. wurde einstimmig angenommen. Die Kollegen werden gebeten, sämtliche Beiträge bald zu entrichten. Punkt 4. Verschiedenes: Es wurde darüber kritisiert, daß Kollege Aldermann, Halle, als Beamtenratsmitglied noch keinen Bericht über unser Geschäft vom 28. 2. 19 hat zukommen lassen. Es werden sämtliche Hilfsrottenführer gebeten, die Bekanntmachung des Verbandsvorstands (Zeitung Nr. 15 vom 1. 8. 19), die 3 Punkte betreffend, an den 1. Schriftführer, Koll. Zähnigen, Leipzig-Mödan, Verhastr. 4, bald einzusenden.

Schluß der Versammlung 10¼ Uhr. Die nächste Versammlung findet Mittwoch, den 3. September, abends 7 Uhr im Vereinslokal statt.

J. A.: Zähnigen, 1. Schriftführer.

Bez.-B. Bünzburg. Unsere Versammlung am 20. Juli 1919 war nur schwach besucht. Tagesordnung: 1. Zahlen der Beiträge. 2. Nachbewilligung zu den Reisekosten des Koll. Beud zum Verbandstage. 3. Vortrag des Koll. Beud über den Verlauf des diesjährigen Verbandstages. 4. Verschiedenes. Zu Punkt 1: Von dem Kassierer wurde Klage geführt, daß die Beiträge in der letzten Zeit sehr verzögert eingegangen sind. Dieses wäre darauf zurückzuführen, daß viele Koll. den Beitrag an andere Koll. abführen und diese ihn dann an den Kassierer abliefern. Dieses wäre wohl zu empfehlen, wenn der Beitrag gemeinschaftlich wegen Portoerparnis oder sonstiger schlechter Postverbindung rechtzeitig entrichtet wird. Letztere haben nun den eigenen Beitrag oft längst gezahlt und eine nochmalige Ablieferung durch die betr. Koll. ist auch immer nicht gleich durchführbar. Sämtliche Koll. werden daher gebeten, den Beitrag porto- und bestellgeldfrei (Bestellgeld 10 Pfg.) an den Kassierer Herrn Kruse, Rottenführer in Bienenbüttel, Kreis Uelzen, Prov. Hannover, einzusenden, soweit die Koll. in den Versammlungen nicht rechtzeitig zahlen können. Zu Punkt 2: Als Reisekosten wurden dem Koll. Beud 20 Mk. aus der Vereinskasse nachbewilligt, sodaß aus dieser im ganzen 40 Mk. entnommen sind. Zu Punkt 3: Koll. Beud hielt einen ausführlichen Vortrag über den Verlauf des Verbandstages. Zu Punkt 4 fand eine rege Aussprache über den gehaltenen Vortrag statt. Nächste Versammlung am Sonntag, den 12. Oktober, 1 Uhr nachm. im Vereinslokal.

J. A.: Aug. Niemann, Schriftführer.

Münster i. W. Bericht über die Versammlung am 10. 8. 19. Die Versammlung wurde um 11 Uhr vom 1. Vorsitzenden, Kollegen Schröder, eröffnet. Dieselbe war gut besucht, es waren 32 Mitglieder anwesend. 1. Die Niederschrift der vorigen Versammlung wurde verlesen und anerkannt. 2. Es wurden 9 Mitglieder neu aufgenommen. 3. Da der 1. Kassierer nicht anwesend war, wurden die Beiträge vom Kollegen Heil eingezogen. 4. Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt, mit Ausnahme des 1. Kassierers. An dessen Stelle wurde Kollege Grothaus, Münster, Geist 341, gewählt. Vom 1. Oktober ab sind die Beiträge an den neuen Kassierer zu senden. Die jetzt noch rückständigen Beiträge sind nicht mehr an den alten Kassierer, sondern an den 1. Vorsitzenden, H. Schröder, Osnabrück, Schinkel, einzusenden. Der Kassierenvorstand Kollege Nilson fand eine schlechte Führung der Bücher und Kasse vor, deshalb mußte von einer Wiederwahl des 1. Kassierers Kollegen Rammann abgesehen werden. 5. Kollege Heil erstattete dann noch einen ausführlichen Bericht über den Verbandstag. 6. Vom 1. Oktober ab wurde der Beitrag auf vierteljährlich 3,50 Mark einstimmig festgesetzt, wovon 75 Pfg. in die Bezirkskasse fließen und 2,75 Mark für den Verband. 7. Die nächste Versammlung findet am Sonntag, den 12. Oktober, in Rheine statt. Zeit und Lokal wird noch bekanntgegeben. Kollegen! Besucht die Versammlungen fleißig, bezahlt die Beiträge pünktlich, dann kann der Kassierer auch seine Beiträge pünktlich beim Verbandskassierer abliefern. Ein jeder muß auch darnach streben, neue Mitglieder dem Verbands zuzuführen; dann können auch wir mal was erreichen, denn Einigkeit macht stark.

Der Vorstand. J. A.: Heil.

Bez.-B. Nienburg (Wefer). Versammlungsbericht. Die Versammlung wurde vom 1. Vorsitzenden, Koll. Badenstein, eröffnet. Erschienen waren 15 Mitglieder. Tagesordnung wurde wie folgt erledigt: Kollege Kleinschmidt hielt eine kleine Ansprache über den Verbandstag. Er machte uns auch die Mitteilung, daß vom 1. 10. ab die Beiträge auf 3 Mk. für das Vierteljahr festgesetzt und außerdem noch ¼ Jahr im voraus zu zahlen sind, damit das Geld immer rechtzeitig zum Verband abgeführt werden kann. Also am 1. 10. 19 6 Mark an unsern Kassierer Bormann zu senden. Ab 1. 1. 1920 wieder 3 Mark usw., jedes Vierteljahr. Alle Hilfsrottenführer des Bezirksvereins wollen angeben: 1. Lebensalter, 2. wann bei der Eisenbahn-Verwaltung eingestellt, 3. wann die Prüfung abgelegt zum Hilfsrottenführer, 4. seit wann die Führung einer selbstständigen Kotte. Der Verbandsvorstand braucht diese Angaben zu statistischen Zwecken. Postkarte genügt an Rottenführer Bodenstein, Einsburg (Kreis Nienburg-Wefer).

Der Vorstand. J. A.: Beermann, Schriftf.

Bez.-B. Salzweel. Am Sonntag, den 12. Okt. d. Jrs., vorm. 10 Uhr, findet in Salzweel beim Gastw. Wills. Neumann unsere Versammlung statt. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Die Beiträge sind vom 1. Okt.

5. J. ab laut Beschluß des Verbandstages in Essen auf vierteljährlich 3 M. festgesetzt und sind von den Mitgliedern, die in der Versammlung nicht erscheinen können, unverzüglich porto- und bestellgeldfrei an Kollegen Hermann Müller in Hestedt, Post Henningsen, einzusenden. Auch die noch rückständigen Beiträge müssen sofort abgesandt werden.
Der Vorstand. J. A.: Kieß, Schriftf.

Mag. Sudenburg. Einladung! Allen werten Mitgliedern zur Kenntnis, daß unsere nächste Versammlung am 5. Oktober ds. Js., nam: 2 Uhr, im Vereinslokale „Reichshalle“ stattfindet. (Magdeburg, Kaiserstr. 18.) Hierzu sind sämtliche Kollegen eingeladen, auch wird gebeten, recht viele Mitglieder mit einzuführen zu wollen. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Um recht zahlreiches Erscheinen bitte! Der Vorstand. J. A.: Arndt, 1. Schriftf.

Zur Beachtung. In der Zeitschrift vom 1. 8. 19 ist seitens des Verbandsvorstandes der Beschluß in der Sitzung vom 14. ds. Mts. bekannt gegeben worden, Erhebungen über das Dienstalter der Hilfsrottenführer anzustellen. Ich erlaube die Kollegen freundlichst, folgende drei Fragen genau beantworten zu wollen: 1. Das Lebensalter, 2. Zeit des Eintritts bei der Eisenbahnverwaltung, 3. seit wann Hilfsrottenführer. Vorstehendes bitte ich, so schnell wie möglich an meine Adresse, Karl Arndt, Rottenführer, Magdeburg-Sudbg., Wolfenbüttelestr. 30, einzusenden zu wollen. Diese Angaben müssen baldmöglichst dem Verbandsvorstande meinerseits überandt werden. Weiter werden die Mitglieder noch darauf hingewiesen, daß in der Sitzung vom 14. 8. 19 beschlossen worden ist, vom 1. 10. an die Beiträge auf 3,— Mark vierteljährlich zu erhöhen. Die Kollegen werden gebeten, hiervon genaue Kenntnis zu nehmen, damit keine Nachfragen oder sonstige Schreibereien daraus entstehen. Den Kollegen sei noch mitgeteilt, daß seitens der Bundesleitung der Beitrag auf 3,— Mark vierteljährlich festgesetzt worden ist. Diese Beiträge sind nicht mehr wie üblich an unsern Kassierer, sondern an einen noch von dem Vorstande des Direktionsbundes zu bestimmenden Vertrauensmann abzuliefern; alles Nähere wird noch besonders bekanntgegeben werden. Die Kollegen werden gebeten, auch hiervon genaue Kenntnis nehmen zu wollen, damit Doppelzahlungen und Nachfragen vermieden werden.

Der Vorstand. J. A.: Arndt, 1. Schriftf.

Verbandsnachrichten.

Seitens vieler Hilfsrottenführer werden fortgesetzt Anfragen an den Verbandsvorstand gestellt, welcher Jahrgang in den einzelnen Direktionsbezirken zur Ernennung zum Rottenführer kommt in diesem Jahre. Dieses ist demselben auch ohne weiteres nicht bekannt. Durch Rundfrage bei den Direktoren erhoffen wir aber Kenntnis hiervon zu erlangen und werden das Resultat veröffentlichen.

Schneider, Verb.-Vor.

Versammlungs-Kalender.

Es liegt im Interesse eines jeden Mitgliedes, die Versammlungen zu besuchen, die Beiträge pünktlich zu zahlen und neue Mitglieder einzuführen.

Barmen-N., 12. 10. 1919, 3 Uhr, Rittershausen, Vereinslokal.
Berlin, 4. 9. 1919, 6 1/2 Uhr Berlin, Vereinslokal.
Braunschweig, 5. 10. 1919, 2 Uhr, Braunschweig, Vereinslokal.
Dortmund, 5. 10. 1919, 3 Uhr, Dortmund, Vereinslokal.
Duisburg, 12. 10. 1919, 4 Uhr, Duisburg, Vereinslokal.
Frankfurt a. M., 5. 10. 1919, 1 Uhr, Frankfurt a. M., Vereinsl.
Gießen, 12. 10. 1919, mittags 12 Uhr, Herborn, Gasth. j. Sonne.
Guben, 5. 10. 1919, vorm. 11 Uhr, Guben, Gasth. Gold. Krone.
Hagen, 19. 10. 1919, 3 1/2 Uhr, Hagen, Vereinslokal.
Hamm, 12. 10. 1919, vorm. 10 Uhr, Hamm, Gasthaus C. Drees.
Hersfeld, 5. 10. 1919, vorm. 10 Uhr, Hersfeld, Enliusquelle.
Kattowitz, 5. 10. 1919, 2 Uhr, Beuthen O.-S. Tarnowitzerstr. 16.
Leipzig, 3. 9. 1919, 7 Uhr, Leipzig, Vereinslokal.
Lüneburg, 12. 10. 1919, 1 Uhr, Lüneburg, Vereinslokal.
Lützen, 5. 10. 1919, vorm. 9 1/2 Uhr, Angerburg, Kaufm. Grün.
Northeim, 7. 9. 1919, 3 1/2 Uhr, Northeim, Gasth. Deutsche Eiche.
Magdeburg, 5. 10. 1919, 2 Uhr, Magdeburg, Vereinslokal.
Münster, 12. 10. 1919, Rheine.
Naderborn, 5. 10. 1919, 4 Uhr, Otterbergen, Gasthof Stenneberg.
Schneidemühl, 5. 10. 1919, 2 Uhr, Schneidemühl, Eisenb.-Kantine.
Stendal, 19. 10. 1919, Rathenow.
Stettin, 12. 10. 1919.
Salzwedel, 12. 10. 1919, 10 Uhr, Salzwedel, Gastw. Neumann.

Für die Red. verantwortl.: Verbandsvor. Carl Schneider, Dahlhausen-Ruhr. — Für den Inseratenteil verantwortl.: C. Sundt iel. Wwe., Sattingen-Ruhr. — Druck: C. Sundt iel. Wwe., Sattingen-Ruhr.

Nachruf.

Am 5. Juli verschied die treusorgende Gattin unseres Vereinsmitgliedes, des Rottenführers

Peter Heiner

in Staudernheim. Wir alle nehmen Anteil an seinem Schmerz und betrauern mit ihm den Verlust der Verstorbenen aufs herzlichste.

Der Vorstand des Bez.-V. Saarbrücken und Umgegend.

J. A.: Karl Kraz, 1. Vorsitzender.

Nachruf.

Am 9. August 1919 starb unser lieber Kollege, der Rottenführer

Franz Stuck

aus Wulsen-Anhalt. Der Verstorbene war ein pflichttreuer Kollege und ein eifriges Mitglied unseres Vereins. Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Vorstand des Bez.-V. Magdeburg.

J. A.: H. Schulz, 1. Vorsitzender.

Theodor Müller

Mechanische Herrenkleiderfabrik
Spinnerei und Weberei

Seiffenhennersdorf i. S.
(Oberhennersdorf, Böhmen).

Liefere wieder
Uniform- und Herrenkleidungsstücke

in bekannter guter Ausführung.
Bitte Muster u. Preise einzuholen.

Rein Ersatz! Gar. reiner

Rauch-Tabak aus Tabakblättern.

Unter Brand. Pfd. 1 1/4 M.

zum Selbstverbrauch.

E. Napp, Hamburg-Ottensen 91.

10-Pfd.-Kostl. größter

Salzheringe

Milch und Roggen 15.— M.

Rollmops, 4-Liter-Postid.

17,50 M., 10 Dosen la.

normale Delfardinen

19,50 M. zum Selbstver-

brauch. Nachnahme.

E. Napp, Altona-Ottensen 33.

Echte Drell-Litewken

blau, schwarz oder feldgrau, keine Ersatzware, mit schwarzen oder Post- oder Bahnknöpfen Mk. 32.50
Echte Drell-Hose, blau od. schw. „ 30.00
Echteschwarze Pilot-Arbeits-hose „ 39.00

Blauo Cheviot-Litowka mit Umfallkra-gen mit schwarzen oder Post- oder Bahnknöpfen 50 M.

Als Maß erb.: ganze Körperlänge, ob schlank, mittel od. stark. Ang. der Farbe u. Knopfart. Vers. g. Nachn.

Jul. Hammerschlag, Halle S. 11.

